

Nr. 312 | 20.06.2023

Polen-Analysen

Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

■ ANALYSE		
Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Polen		2
Dominik Owczarek, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau		
■ DOKUMENTATION		
Ministerium für Digitalisierung:		
Programm der integrierten Informatisierung des Staates		7
■ STATISTIK		
Digitalisierungsgrad der EU-Länder (DESI)		9
Polen: Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung 2022		14
<hr/>		
■ CHRONIK		
16. Mai – 19. Juni 2023		16

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Polen

Dominik Owczarek, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau

DOI: 10.31205/PA.312.01

Zusammenfassung

Polen verfolgt in der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ein ambitioniertes Programm. Das Ziel ist, mittels nur eines online-Verwaltungsportals alle von öffentlichen Behörden angebotenen elektronischen Dienstleistungen zugänglich zu machen. Der Stand der Digitalisierung ist dabei unterschiedlich stark entwickelt, von ausgeprägt in einigen zentralen Institutionen bis unzureichend in einigen Gemeinde- und Kommunalverwaltungen. Einen entscheidenden Schub erhielt die Digitalisierung in der Zeit der Corona-Pandemie, als viele Mitarbeiter das Homeoffice nutzten, was zu einer Erweiterung der digitalen Dienste für den Bürger führte. Für die Gewerkschaften stehen jedoch Digitalisierungsaspekte in der öffentlichen Verwaltung in Polen bislang nicht im Vordergrund.

Eine der Hauptprioritäten der Politik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten ist die Digitalisierung im weiten Sinne. Allerdings gab es bisher nur wenige Untersuchungen dazu, welchen Einfluss sie auf die Qualität des Arbeitsplatzes und die Arbeitsbedingungen hat und wie sie in Unternehmen und Institutionen eingeführt und umgesetzt wird. Dieser Text konzentriert sich auf die Reaktionen der Sozialpartner – v. a. der Gewerkschaften – auf die Digitalisierungspolitik des Staates im Bereich der öffentlichen Verwaltung in Polen. Er stützt sich auf Untersuchungen, die das Institut für Öffentliche Angelegenheiten (*Institut Spraw Publicznych – ISP*) im Rahmen des internationalen Projektes *DIGIQU@LPUB – The impact of digitalisation on job quality and social dialogue in the public services* durchgeführt hat. Die Untersuchungen umfassten individuelle Interviews mit Gewerkschaftsführern, Gespräche mit Fokusgruppen der zentralen und lokalen Verwaltung sowie eine Umfrage unter Angestellten der öffentlichen Verwaltung (siehe Informationen zum Projekt am Ende des Textes).

Mehr oder weniger digital

Das wichtigste Strategiepapier, das die Richtung der Digitalisierung des öffentlichen Dienstes in Polen formuliert, ist das »Programm der Integrierten Informatisierung des Staates« (*Program Zintegrowanej Informatyzacji Państwa*) aus dem Jahr 2019 (siehe Dokumentation). Demnach soll das Ziel sein, dass die Bürger mittels eines einzigen online-Portals Informationen über das Angebot der betreffenden Institution der öffentlichen Verwaltung sowie Zugang zu allen angebotenen elektronischen Dienstleistungen im Land erhalten. Aktuell können die Einwohner Polens bereits einige Hundert digitale Angebote des öffentlichen Dienstes nutzen, die auf verschiedenen Regierungsplattformen und -portalen angesiedelt sind. Dazu gehören z. B. das Internetportal

obywatel.gov.pl, wo man viele Behördenangelegenheiten (Personalausweis, Führerschein, Krankenversicherung, Registrierung des Familienstands usw.) erledigen kann, die online-Plattformen *Platforma Usług Administracji Publicznej (ePUAP)* und *Platforma Usług Elektronicznych Zakładu Ubezpieczeń Społecznych (PUE ZUS)* oder das Portal *biznes.gov.pl*. Abgesehen davon nutzen die zentrale und die lokalen öffentlichen Verwaltungen sowie Regierungsinstitutionen die elektronische Datenverarbeitung für ihre internen Arbeitsabläufe.

Der Stand der Digitalisierung scheint in den hier untersuchten Regierungsbehörden – der Sozialversicherungsanstalt (*Zakład Ubezpieczeń Społecznych – ZUS*), der Finanzaufsicht (*Komisja Nadzoru Finansowego – KNF*) und dem Staatlichen Rehabilitationsfonds für Menschen mit Behinderungen (*Państwowy Fundusz Rehabilitacji Osób Niepełnosprawnych – PFRON*) – fortgeschrittener zu sein als in den Ministerien. Das Digitalisierungsniveau in den Kommunalbehörden dagegen ist deutlich differenziert: von Basislevel bis sehr fortgeschritten.

Die Digitalisierung der Sozialversicherungsanstalt setzte schon Ende der 1990er Jahre ein, zusammen mit der Einführung der wichtigsten Rentenreform in Polen 1999. Seitdem ist die Digitalisierung ein ständiger Prozess, der die Umwandlung der analogen Daten der Versicherten (Einzahler und Versicherungsnehmer) sowie die Einführung zahlreicher Programme zur Digitalisierung der Arbeitsabläufe in der *ZUS* umfasst. Nur noch sehr selten werden heute Vorgänge in Papierform dokumentiert. Eine dieser Ausnahmen ist das Verschicken von Renten- und Pensionsbescheiden an die Empfänger per Post, da hier von geringen Kenntnissen im digitalen Bereich und einem fehlenden Zugang zu einem Computer oder zum Internet ausgegangen wird. Bei der Finanzaufsicht werden ebenfalls fortgeschrittene und ausdifferenzierte digitale Anwendungen

in vielen Tätigkeitsbereichen der Institution genutzt. Die Digitalisierung geht so weit, dass die Dokumentation in Papierform fast verschwunden ist. Ähnlich verhält es sich beim Staatlichen Rehabilitationsfonds für Menschen mit Behinderungen. Die interne Digitalisierung umfasst den elektronischen Dokumentenumlauf, ein System für Fehlermeldungen an die hauseigene IT-Abteilung, Personalangelegenheiten sowie die komplett digitale Buchhaltung. Im Kontakt mit den Klienten wird u. a. das Unterstützungsprogramm *System Obsługi Wsparcia (SOW)* eingesetzt. Es dient der Bearbeitung der von Individual Klienten oder Institutionen (Arbeitsämter, Arbeitgeber, Sozialbehörde) eingereichten Anträge und ist mit den Systemen der Sozialversicherungsanstalt und des Nationalen Gesundheitsfonds (*Narodowy Fundusz Zdrowia – NFZ*) verknüpft.

Dagegen ist die Situation in der Kommunalverwaltung sehr uneinheitlich. Meistens ist das Digitalisierungslevel in den kleinen Gemeinden sehr niedrig, während Großstädte und wohlhabende Gemeinden hier deutlich weiter fortgeschritten sind. In kleinen ländlichen Gemeinden werden nur die Basiswerkzeuge der Digitalisierung eingesetzt, d. h. E-Mails und Computer, und das gesetzlich vorgeschriebene online-Portal *Biuletyn Informacji Publicznej*, das z. B. Informationen zu Rechtsstatus, Aufbau und Tätigkeitsbereich der betreffenden Institution umfasst. Die Dokumentation läuft weiterhin analog ab und eine eigene Internetseite haben auch nicht alle ländlichen Gemeinden. Großstädte nutzen dagegen in ihrer Verwaltung das Intranet für die Datenverarbeitung und -archivierung sowie teilweise für die interne Kommunikation zwischen den verschiedenen Abteilungen und ihren Angestellten. Darüber hinaus gibt es zahlreiche digitale Dienste für ihre Einwohner, z. B. die elektronische Registrierung in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Die größeren Gemeinden arbeiten auch mit den landesweiten Portalen für öffentliche Dienstleistungen wie *mObywatel* oder *ePUAP* zusammen.

Ursachen für das – insbesondere in den kleinen Gemeinden – geringe Digitalisierungsniveau sind vor allem die begrenzten finanziellen Möglichkeiten, die nicht ausreichenden Kompetenzen der kommunalen Leitungspersonen bei der Bestellung der technischen Ausrüstung sowie die unzureichenden digitalen Kenntnisse der Angestellten, um die neuen Werkzeuge anzuwenden. Die Teilnehmer der Fokusgruppe wiesen außerdem auf das veraltete und hierarchische System der öffentlichen Verwaltung hin, das nicht auf Vertrauen, Dialog und Teilhabe gründet.

Digitalisierung und Arbeitsorganisation – schneller, intensiver, routinierter

Übereinstimmung bestand unter den Befragten darin, dass die Digitalisierung die Arbeit der Angestellten ver-

bessert und beschleunigt hat. In der Umfrage antworteten alle Teilnehmer, dass sie regelmäßig Informations- und Kommunikationsmedien (z. B. Internet, E-Mail) nutzen. Hauptzweck ist der Informationsaustausch per E-Mail (35 Prozent), während die Nutzung verschiedener Arten von Apps geringer war (15–27 Prozent). Nur die Hälfte der Befragten nutzte regelmäßig mobile Endgeräte (Laptops, Smartphones, Tablets), die Mehrheit von ihnen (30 Prozent), um mit Mitarbeitern und internen oder externen Diensten zu kommunizieren.

Nach Meinung der Untersuchungsteilnehmer fand unter dem Einfluss der Digitalisierung eine stärkere Vereinheitlichung der Verwaltungsabläufe statt und sie wurden transparenter, da die Dokumente digital archiviert werden und leicht zugänglich sind. Es wird keine Zeit verloren, sie an verschiedenen Orten der Archivierung in Papierform zu suchen. 46 Prozent sagten in der Umfrage, dass die Digitalisierung es ihnen erlaube, sich stärker auf die wesentlichen Aspekte ihrer Tätigkeit zu konzentrieren. Außerdem verbessern nach Meinung der Gesprächspartner und in Übereinstimmung mit den Umfrageergebnissen die digitalen Medien die Kommunikation und den Informationsaustausch. Im Ergebnis ist die Arbeit weniger zeitaufwendig und besser organisiert. Die Qualität der Interaktion mit den Klienten des öffentlichen Dienstes wurde von 47 Prozent der Befragten als positiv bewertet.

Allerdings stiegen mit der Einführung digitaler Medien in der öffentlichen Verwaltung sowohl auf kommunaler als auch zentraler Ebene auch das Tempo und die Intensität der Arbeit, was 54 Prozent in der Umfrage bestätigten. In manchen Fällen erfordert die Tätigkeit, dass eine Dokumentation sowohl in Papierform als auch digital angelegt wird, was den Arbeitsaufwand erhöht.

Abgesehen davon stellte sich eine größere Routine infolge der Einführung digitaler Techniken und der damit einhergehenden Vereinheitlichung von Verwaltungsabläufen ein. Dies hatte den Befragten zufolge keinen Einfluss auf die Autonomie der Tätigkeit in der lokalen oder zentralen Verwaltung, da diese vor allem von der Arbeitsorganisation im Team und dem Grad der Selbständigkeit, der vom Vorgesetzten eingeräumt wird, abhängt. Das betrifft insbesondere die Kommunalverwaltung, die in hohem Maße nicht digitalisiert ist.

Homeoffice und das Recht, nicht erreichbar zu sein

Ein Schlüsselereignis für die öffentliche Verwaltung in Polen war die Zeit der COVID-19-Pandemie, als zum ersten Mal in weiten Teilen das Homeoffice eingeführt wurde. Das war u. a. möglich, weil zuvor bereits intern digitale Arbeitsabläufe und Kommunikation eingeführt worden waren. Allerdings waren nicht alle Institutionen in der Lage, im Homeoffice zu arbeiten; manche waren überhaupt nicht darauf vorbereitet, andere muss-

ten ihre Tätigkeit stark umorganisieren und ihre Geräte modernisieren. Die Angestellten der Finanzaufsicht, die schon vor der Pandemie im Homeoffice gearbeitet hatten, nahmen dagegen keine größeren Veränderungen wahr. Hinzu kommt, dass nicht in allen Bereichen im Homeoffice gearbeitet werden kann: Wenn es die Tätigkeit erfordert, dass Dokumente in analoger Form angelegt werden, oder es sich um geheime Dokumente handelt, bestand die Verpflichtung zur Präsenz im Büro, ebenso wie für die Angestellten an vorderster Stelle in der Lokalverwaltung. So sagte einer der Teilnehmer der Fokusgruppe: »Die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, hängt von der Organisation ab. Die Angestellten am Schalter können sich das nicht erlauben, während es die in den Leitungspositionen können. Das ist eine grundsätzliche Ungleichheit zwischen diesen beiden Gruppen.«

Für die, die im Homeoffice arbeiten konnten, war es nicht notwendig, aufgrund der Pandemie neue digitale Systeme einzuführen, denn sie waren in der Mehrheit der untersuchten Institutionen bereits etabliert. Als Herausforderung erwies sich aber die Verfügbarkeit entsprechend sicherer Computer. In der Sozialversicherungsanstalt sowie den kommunalen Behörden in Warschau und Stettin (Szczecin) war der Arbeitgeber zu Beginn der Pandemie skeptisch gegenüber dem Homeoffice eingestellt, insbesondere mit Blick auf die Datensicherheit. Mit der Zeit fasste der Arbeitgeber jedoch Vertrauen zu den Angestellten und erlaubte ihnen die Arbeit im Homeoffice. Andernfalls wäre es, so die Einschätzung der Gesprächspartner, zu einer Lähmung der Tätigkeit der Institution gekommen. Im Ergebnis war ein großer Teil der Arbeitnehmer gezwungen, den eigenen, privaten Computer zu benutzen, der aber nicht immer an die im Büro eingesetzten Programme angepasst war. In manchen Institutionen, z. B. in der Stettiner Kommunalverwaltung, wurde ein rotierendes Arbeitssystem eingeführt: Ein Teil der Arbeitnehmer arbeitete im Homeoffice und der andere Teil konnte eine größere räumliche Distanz bei der Arbeit im Büro einhalten, anschließend wurde für eine bestimmte Zeit gewechselt.

Der Umfrage zufolge, die in der bereits abklingenden COVID-19-Pandemie Mitte 2022 durchgeführt wurde, arbeiteten nur fünf Prozent vollständig von zu Hause aus. 30 Prozent gaben an, dass sie die hybride Form (Wechsel zwischen Büro und Homeoffice) praktizieren, und weitere 30 Prozent, dass die Arbeit im Homeoffice nur während der Pandemie möglich war. 34 Prozent sagten, dass in ihrer Institution die Arbeit im Homeoffice nicht möglich ist. Hybride Arbeitszeitpläne wurden zum ersten Mal infolge der pandemiebedingten Lockdowns in der öffentlichen Verwaltung eingeführt. 55 Prozent gaben in der Umfrage an, dass sie einen Tag pro Woche oder weniger von zu Hause aus arbeiten. Über 35 Pro-

zent der Befragten hatte Schwierigkeiten mit der Beantwortung, wie viele Tage in der Woche sie im Homeoffice arbeiten. In manchen Behörden, z. B. der Sozialversicherungsanstalt, kehrten die Angestellten vollständig ins Büro zurück. In manchen Institutionen wird die Möglichkeit des Homeoffice als Auszeichnung für den Arbeitnehmer betrachtet, die man sich erarbeiten muss, und nicht als reguläre Organisation der Arbeit. Das ist insbesondere in den Institutionen der Fall, wo immer noch ein paternalistisches Verwaltungsmodell herrscht. Einer der Teilnehmer der Fokusgruppe erläuterte: »Die Mehrheit der Angestellten will im Homeoffice arbeiten, weil es einfacher ist, die beruflichen und die häuslichen Pflichten zu verbinden. Leider wird in unserer Institution das Homeoffice als Auszeichnung bewertet – das sollte es aber nicht sein.«

In diesem Zusammenhang wurde auch nach der Meinung zum derzeit diskutierten »Recht, nicht erreichbar zu sein«, gefragt: 70 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass das Recht auf Nichterreichbarkeit unentbehrlich ist und dass es klar aufgeführt werden sollte – in den Arbeitsbestimmungen (78 Prozent), in Betriebsvereinbarungen (64 Prozent) oder in Branchen- und branchenübergreifenden Vereinbarungen (64 Prozent). Die Frage des Rechtes, nicht erreichbar zu sein, ist besonders für die Gewerkschaften interessant, die ihre Bereitschaft erklärt haben, die Vorschriften auf EU- und auf Landesebene zu thematisieren. Die Gewerkschaften haben auch auf den Bedarf hingewiesen, die Rahmenvereinbarung der Europäischen Sozialpartner im Bereich Digitalisierung (*European Social Partners Framework Agreement on Digitalisation*, 2020) umzusetzen.

Am Bildschirm festgeklebt

Nach Einschätzung aller Gesprächspartner hatte die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung Einfluss auf gesunde und sichere Arbeitsbedingungen. Zwar sinkt die Zahl der Arbeitsunfälle, doch die Notwendigkeit der digitalen Arbeitsabläufe zwingt die Arbeitnehmer zu einer längeren sitzenden Tätigkeit vor dem Bildschirm. Im Ergebnis bewegen sie sich deutlich weniger und kommt es zu mehr Muskel- und Gelenksbeschwerden. Die erhöhte Arbeitsintensität verursacht Stress, die zunehmende Eintönigkeit der Arbeit hat Ermüdung zur Folge und langfristig können beide Faktoren zum Burn out führen. Nach Meinung der Untersuchungsteilnehmer kann die digitale Arbeit am Computer zu einer größeren Entfremdung unter den Kollegen und zum Gefühl der sozialen Isolation führen. Auch die Kommunikation werde unpersönlicher, anonymer. In der Folge kann das Gefühl entstehen, man arbeite »ohne Team«.

In der Befragung gaben 34 Prozent an, dass die Digitalisierung neue schmerzhaft Beschwerden hervorgerufen oder bestehende Beschwerden verstärkt hat (28 Pro-

zent). Ebenfalls 28 Prozent haben keinen negativen Einfluss auf ihre körperliche Gesundheit wahrgenommen. Genannt wurden folgende gesundheitliche Probleme: Probleme mit den Augen – 20 Prozent, Rückenschmerzen – 18 Prozent, Nackenschmerzen – 15 Prozent, Kopfschmerzen – zwölf Prozent, physische Ermüdung – zwölf Prozent, Schmerzen in der Hand – neun Prozent und andere gesundheitliche Probleme – 13 Prozent. Die Befragten erklärten auch, dass die Digitalisierung psychologische Probleme bei ihnen verursacht (20 Prozent) oder ihren psychischen Zustand verschlechtert hat (sieben Prozent). Dazu gehören: psychische Ermüdung – 23 Prozent, Stress – 21 Prozent, Burn out – 15 Prozent, mangelnde Motivation – 14 Prozent, erdrückende emotionale Herausforderungen – acht Prozent, Ängste – acht Prozent, Depressionen – sechs Prozent, das Gefühl der Isolation und Unruhe – fünf Prozent. Gut 60 Prozent der Befragten haben keine Veränderungen ihrer psychischen Gesundheit festgestellt.

Digitale Qualifikationen und Weiterbildung – wenig, fast nirgendwo, selten

Die Mehrheit der Untersuchungsgruppe gab an, dass die Entwicklung der digitalen Kompetenz und das Weiterbildungssystem im Bereich Digitalisierung im öffentlichen Dienst nicht zufriedenstellend sind. Schulungen finden selten statt und sind häufig nicht ausreichend. Den Befragungen zufolge nahmen 45 Prozent der Arbeitnehmer an Schulungen teil (Nutzung konkreter Programme – 26 Prozent, allgemeine digitale Fertigkeiten – elf Prozent, sowohl allgemeine als auch konkrete Kompetenzen – neun Prozent). Ca. 20 Prozent gaben an, dass sie an keiner Schulung für digitale Fertigkeiten teilgenommen haben, und 22 Prozent, dass sie informell am Arbeitsplatz lernen.

Manche digitalen Programme werden in den Behörden ohne Schulung eingeführt und der Arbeitgeber setzt voraus, dass die Arbeitnehmer von Anfang an mit den Programmen umgehen. Von den bereits dort arbeitenden Kollegen wird häufig erwartet, dass sie die Neuen in die Bedienung der digitalen Programme einführen. Allerdings wird dafür zu wenig Zeit eingeräumt, was in der Situation der wachsenden Arbeitsanforderungen und der größeren Zahl neuer Pflichten eine Herausforderung ist. Die neuen Arbeitnehmer fühlen sich in der Anfangsphase häufig desorientiert und nicht ausreichend in ihr Arbeitsfeld eingeführt, was mehr Fehler, sich verlängernde Arbeitsabläufe und Frust bei den Arbeitnehmern zur Folge hat. Einer der Gesprächspartner schildert: »Die Arbeitnehmer sind nicht immer darauf vorbereitet, digitale Programme zu nutzen. Eine Schulung reicht nicht aus. Die Arbeitnehmer lernen, indem sie das Programm anwenden – Schulung direkt am Arbeitsplatz. Die einen lernen schneller, andere langsamer. Die Schu-

lungen sollten breiter und stärker an die Bedarfe der Arbeitnehmer angepasst sein. Die jüngeren Arbeitnehmer lernen schneller, den älteren fällt es schwerer. Die interne Schulung findet auf Kosten der anderen beruflichen Verpflichtungen statt.«

Laut Umfrage waren nur 24 Prozent mit den angebotenen Schulungen vollkommen zufrieden und 56 Prozent waren nur teilweise zufrieden. Gleichzeitig sagten 60 Prozent, dass die Entwicklung der Fähigkeiten auch ihre persönlichen Kompetenzen erweitert und andere Möglichkeiten der Tätigkeit oder des beruflichen Weges in derselben Institution (35 Prozent) oder woanders (45 Prozent) eröffnet hätte.

Der soziale Dialog – die Suche nach der Nadel im Heuhaufen

Digitalisierungsprozesse – ihre Planung und Umsetzung – waren bisher noch nicht Gegenstand kollektiver Verhandlungen und umso weniger von Tarifverträgen in der öffentlichen Verwaltung. Das liegt nicht nur an dem sehr geringen Anteil von Tarifverträgen in diesem Sektor (weniger als ein Prozent), sondern auch an der Einstellung der Gewerkschaften, die dem Thema Digitalisierung eine geringe Bedeutung beimessen; oberste Priorität hat auf ihrer Agenda nach wie vor die Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Allerdings finden einzelne Aspekte der Digitalisierung Eingang in den sozialen Dialog. In der Sozialversicherungsanstalt, wo die Digitalisierung fortgeschritten ist und seit mehr als zwei Jahrzehnten vorangetrieben wird, sind die Gewerkschaften an den Konsultationen im Bereich der Entwicklung neuer digitaler Programme für die Klienten und die internen Arbeitsabläufe beteiligt und geben auch Hinweise zu den bereits eingesetzten Programmen. Da die digitalen Werkzeuge eine wesentliche Rolle für die Arbeitsbedingungen spielen, führen die Gewerkschaften ein ständiges Qualitätsmonitoring durch und sind in den Digitalisierungsprozess der Sozialversicherungsanstalt eingebunden. Häufig werden die Hinweise der Gewerkschaften vom Arbeitgeber (und den Programmierern) berücksichtigt. So werden die geringe Kompatibilität der angewendeten Programme untereinander, die unvollständige digitale Aufbereitung der Daten, die fehlende Berücksichtigung von Gesetzesänderungen in manchen Programmen usw. als Mängel benannt. Ein Problem ist auch, dass es keine Schulungen für die Arbeitnehmer gibt oder sie nicht ausreichen, insbesondere für die neu eingestellten. Den älteren Kollegen wird die Verantwortung für die Schulung der neuen aufgebürdet.

Die Arbeitsbedingungen im Homeoffice während der COVID-19-Pandemie waren ebenfalls Gegenstand der Diskussion zwischen den Gewerkschaften der öffentlichen Verwaltung und den Arbeitgebern, sowohl auf

zentraler als auch auf kommunaler Ebene. Die größte Herausforderung war es, ausreichend viele Computer mit der erforderlichen Software bereitzustellen und die Datensicherheit zu gewährleisten. Die Gewerkschaften forderten auch einen Homeoffice-Zuschlag zur Deckung der damit verbundenen Kosten (Internet, Mehrverbrauch an Strom und Wasser usw.), was jedoch zunächst abgelehnt wurde. Erst im April 2023 wurde eine Ausgleichszahlung für den Mehraufwand im Homeoffice gesetzlich geregelt.

Fazit

Ziel des Regierungsprogramms der »Integrierten Digitalisierung des Staates« ist ein ambitionierter Digitalisierungsprozess der öffentlichen Verwaltung. Bisher wurden einige Dutzend elektronischer Instrumente für die Ausführung öffentlicher Dienstleistungen eingeführt sowie auch viele Programme zur internen Anwendung für die Angestellten. Unter den untersuchten Institutionen erwiesen sich die Sozialversicherungsanstalt und die Finanzaufsicht als weit fortgeschritten im digitalen Bereich.

Den Gesprächspartnern aus den Gewerkschaften zufolge ist die Digitalisierung mit einem Anstieg der Intensität und der Arbeitsroutine verbunden, sie verändert jedoch nicht das Ausmaß der Autonomie der Arbeitnehmer bzw. vergrößert diese nur gering. Die Digitalisierung hat keinen Einfluss auf die Personalsituation im öffentlichen Sektor. Eine wichtige Phase war die Zeit der Pandemie, als es die digitalen Instrumente ermöglichten, die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung auch aus dem Homeoffice aufrechtzuerhalten. Allerdings führten fehlende Endgeräte und entsprechende Software verbunden mit unzureichender IT-Unterstützung zu zahlreichen Problemen. In der ersten Phase der Pandemie waren die Arbeitgeber dem Homeoffice gegenüber abgeneigt, in der zweiten Phase ermöglichten sie die Arbeit von zu Hause aus, um die öffentlichen Dienstleistungen weiter gewährleisten zu können.

Die Digitalisierung hat keinen grundlegenden Einfluss auf andere Aspekte der Tätigkeit wie etwa Arbeitszeit, die Work-Life-Balance, Aufstiegschancen, sicherer Arbeitsplatz oder Arbeitnehmerrechte. Eine wichtigere Rolle spielt sie im Zusammenhang mit Arbeitsüberlastung, niedrigem Gehalt oder Arbeitskräftemangel. Die Gewerkschaften wiesen auf ein erhöhtes psychosoziales Risiko und Muskel- und Gelenksbeschwerden infolge der häufigen Computernutzung hin sowie auf die unzureichende Vorbereitung und Schulung, um entsprechende digitale Kompetenzen zu erlangen. Die Teilnehmer der Fokusgruppen unterstrichen die Abneigung der Leitung, Arbeitskräfte für die Implementierung der

in der täglichen Arbeit genutzten digitalen Instrumente zu engagieren, trotz der Tatsache, dass die öffentlichen Ausschreibungen einen flexiblen Einsatz von Programmierern erlauben. Die Ursache dafür sehen sie in den hierarchischen Verwaltungsstrukturen. Die Hauptforderung der Untersuchungsteilnehmer war, die Arbeitnehmer in den Planungs- und Umsetzungsprozess der digitalen Instrumente einzubeziehen.

Die Digitalisierung ist eine Nebensache in der Agenda der Gewerkschaften der öffentlichen Verwaltung, sie ist nicht Gegenstand der Tarifverträge, doch in manchen Institutionen wie der Sozialversicherungsanstalt wird die Einführung digitaler Anwendungen einem ständigen Monitoring unterzogen. Die Gewerkschaften hatten auf Betriebsebene auch Einfluss auf die Arbeitsbedingungen des Homeoffice während der Pandemie und brachten die Bedarfe der Arbeitnehmer in den Bereichen Zugang zu Computern, Software und Schulungen zur Sprache. Zudem unterstreichen sie das Problem der niedrigen Entlohnung, der Arbeitsüberlastung und Überstunden, des Arbeitskräftemangels (insbesondere in größeren Städten) und nicht ausreichender Fortbildungen. Fragen im Zusammenhang mit der Digitalisierung finden sich – abgesehen vom Thema Homeoffice – nicht auf ihrer Prioritätenliste.

Im polnischen Kontext ist die Beteiligung der Gewerkschaften im Rahmen des Rates des Sozialen Dialogs (*Rada Dialogu Społecznego*) praktisch die einzige Einflussmöglichkeit auf die Public Policy. Hier treffen unter dem Vorsitz der Regierung Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammen und nur hier können die Gewerkschaften auf Gesetzgebungsverfahren einwirken. Es handelt sich also um ein staatliches System des sozialen Dialogs, in dem die Regierung in vielen Fällen bestimmte Veränderungen initiiert – so auch die Digitalisierung in manchen Bereichen des öffentlichen Dienstes – und die Gewerkschaften eine reaktive Rolle spielen, indem sie auf die aktuelle Richtung des Regierungshandelns Bezug nehmen. Der Mangel eines solchen Systems ist, dass die Repräsentanz der Arbeitnehmer immer einen Schritt hinter den Entscheidungsträgern zurückbleibt und ihr Einfluss auf die eingeführten Veränderungen bezogen auf die Beschäftigten daher beschränkt bleibt. Das betrifft insbesondere so dynamische Entwicklungen wie die Digitalisierung. Und auch wenn manche Sozialpartner solche Entwicklungen ignorieren, können die Arbeitnehmer doch die negativen Folgen zu spüren bekommen, wenn neue Arbeitsweisen ohne angemessene Berücksichtigung der Stimmen der Arbeitnehmer und Konsultation eingeführt werden.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Informationen über den Autor und über das Forschungsprojekt finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Dominik Owczarek ist Direktor des Programms für Sozialpolitik des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau (*Program Polityki Społecznej, Instytut Spraw Publicznych – ISP, Warszawa*). Seine Forschungsthemen sind der Arbeitsmarkt und der soziale Dialog. Seit 2020 ist er Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung, Mobilität und Arbeitsmarkt des Europäischen Gewerkschaftsbunds.

Über das Forschungsprojekt

Das Forschungsprojekt *The impact of digitalisation on job quality and social dialogue in the public services – DIGIQU@LPUB* wurde in den Jahren 2021 bis 2023 unter der Leitung des *European Social Observatory* (Belgien) von Forschungseinrichtungen in acht EU-Ländern – Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Polen, Spanien und Ungarn – durchgeführt. Untersucht wurden der Sektor der öffentlichen Verwaltung, das Gesundheitswesen und der Energiesektor. Im vorliegenden Text werden nur die Untersuchungsergebnisse zur öffentlichen Verwaltung in Polen vorgestellt. Das Projekt wurde aus Mitteln der Europäischen Kommission (*Improving Expertise in the field of Industrial Relations*) finanziert. Die individuellen Interviews wurden mit Vertretern verschiedener Gewerkschaften (*Sekcja Krajowa Pracowników Administracji Rządowej; Samorządowa NSZZ „Solidarność”; Związek Zawodowy Pracowników Zakładu Ubezpieczeń Społecznych*) geführt. Teilnehmer der Fokusgruppen waren Vertreter der zentralen öffentlichen Verwaltung (hier der *Komisja Nadzoru Finansowego* und des *Państwowy Fundusz Rehabilitacji Osób Niepełnosprawnych*), der kommunalen öffentlichen Verwaltung in Warschau und Stettin (Szczecin) sowie des Arbeitsamtes in Warschau. Die Umfrage wurde in Form einer Internetbefragung unter Arbeitnehmern der öffentlichen Verwaltung durchgeführt (Schneeballsystem, N=447).

DOKUMENTATION

Ministerium für Digitalisierung: Programm der integrierten Informatisierung des Staates

Die Regierung hat das neue »Programm der integrierten Informatisierung des Staates« (*Program Zintegrowanej Informatyzacji Państwa*) beschlossen.

Die systemischen Veränderungen ganzer Wirtschaftszweige, die auf neuen digitalen Technologien basieren und Daten in digitaler Form als Schubkraft nutzen, sind der Wesenskern der sich vollziehenden digitalen Transformation. Der Rückhalt der Wirtschaft in digitalen Technologien sowie das größere Engagement des Staates und der Unternehmer für die digitale Transformation können eine deutliche wirtschaftliche Beschleunigung bewirken sowie die Entwicklungsunterschiede gegenüber den wirtschaftlich am stärksten entwickelten Ländern Europas verringern.

Eine besondere Aufgabe steht in diesem Kontext vor der öffentlichen Verwaltung. Ihre Digitalisierung kann ein wesentlicher Faktor für die Erhöhung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft sein, da die Effektivität der Dienstleistungen und die Unterstützung der Bürger steigen.

Wir setzen uns die weitere Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und die Optimierung des staatlichen Funktionierens durch die Nutzung digitaler Technologien zum Ziel und gehen davon aus, dass die Realisierung des Programms der integrierten Informatisierung des Staates dazu beitragen wird, die Qualität der Kommunikation zwischen Bürgern und anderen Interessenten und der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen. Es wurden gesonderte Ziele formuliert, die im Rahmen von drei Interventionsrichtungen realisiert werden:

1. Reorientierung der öffentlichen Verwaltung auf Dienstleistungen, die sich auf die Bedarfe der Bürger beziehen,
2. Implementierung horizontaler Instrumente, die die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung unterstützen,
3. Entwicklung der digitalen Kompetenzen der Bürger, Verwaltungsangestellten und Spezialisten der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Die Tätigkeiten des Staates werden sowohl die dauerhafte Anhebung der Qualität von e-Dienstleistungen umfassen als auch den erleichterten Zugang zu ihnen [...]. Das Ziel des Programms der integrierten Informatisierung des Staates zu erreichen wird nur im Falle einer schrittweisen Anpassung der staatlichen Rechtsordnung an die Herausforderungen, die die Technologie birgt, sowie an die schnellen Veränderungen in diesem Bereich möglich sein. [...]

Gleichzeitig werden die Maßnahmen für den Aufbau moderner und universeller Lösungen für die internen Bereiche der öffentlichen Verwaltung (Backoffice) fortgesetzt. Die Ergebnisse dieser Maßnahmen werden die realen Bedarfe der Verwaltung unterstützen und dazu dienen, dass ein effektiver und sicherer Informationsaustausch erreicht und die Vereinheitlichung der Arbeitsabläufe unterstützt wird. So wird dazu beigetragen, dass eine hohe Qualität bei der Datenverarbeitung erreicht wird, die unerlässlich für die Realisierung der Dienstleistungen für den Bürger ist. Die Maßnahmen haben auch Einfluss darauf, dass die öffentliche Verwaltung effektiver funktioniert und sich die Kosten für die Realisierung der Dienstleistungen senken. Das Programm setzt somit auf die Fortsetzung der Maßnahmen zur Zentralisierung der Verwaltung mittels teleinformatischer Infrastruktur sowie zur Integration der Ressourcen, die in den Händen des Staates liegen. [...]

Gleichzeitig erlaubt die durchgeführte breit gefächerte digitale Bildung u. a., dass die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wächst (indem die digitalen Kompetenzen der Spezialisten der Informations- und Kommunikationstechnologie verbessert werden), dass die Nutzung der e-Dienstleistungen maximiert wird (indem die Bürger auf ihre Nutzung vorbereitet werden) sowie dass die Zugänglichkeit der öffentlichen Verwaltung größer wird (indem die Angestellten der öffentlichen Verwaltung auf die Implementierung technologischer Lösungen vorbereitet werden). Ein langfristiger Effekt der Maßnahmen in diesem Bereich wird sein, dass die Bürger eine aktive Haltung gegenüber digitalen Technologien entwickeln.

[...]

Es wird davon ausgegangen, dass infolge der umgesetzten Maßnahmen der polnische Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologie, mit Unterstützung öffentlicher Institutionen, in der Lage sein wird, mit den europäischen und globalen Märkten zu konkurrieren. Die Realisierung der gesetzten Ziele wird sich auswirken als

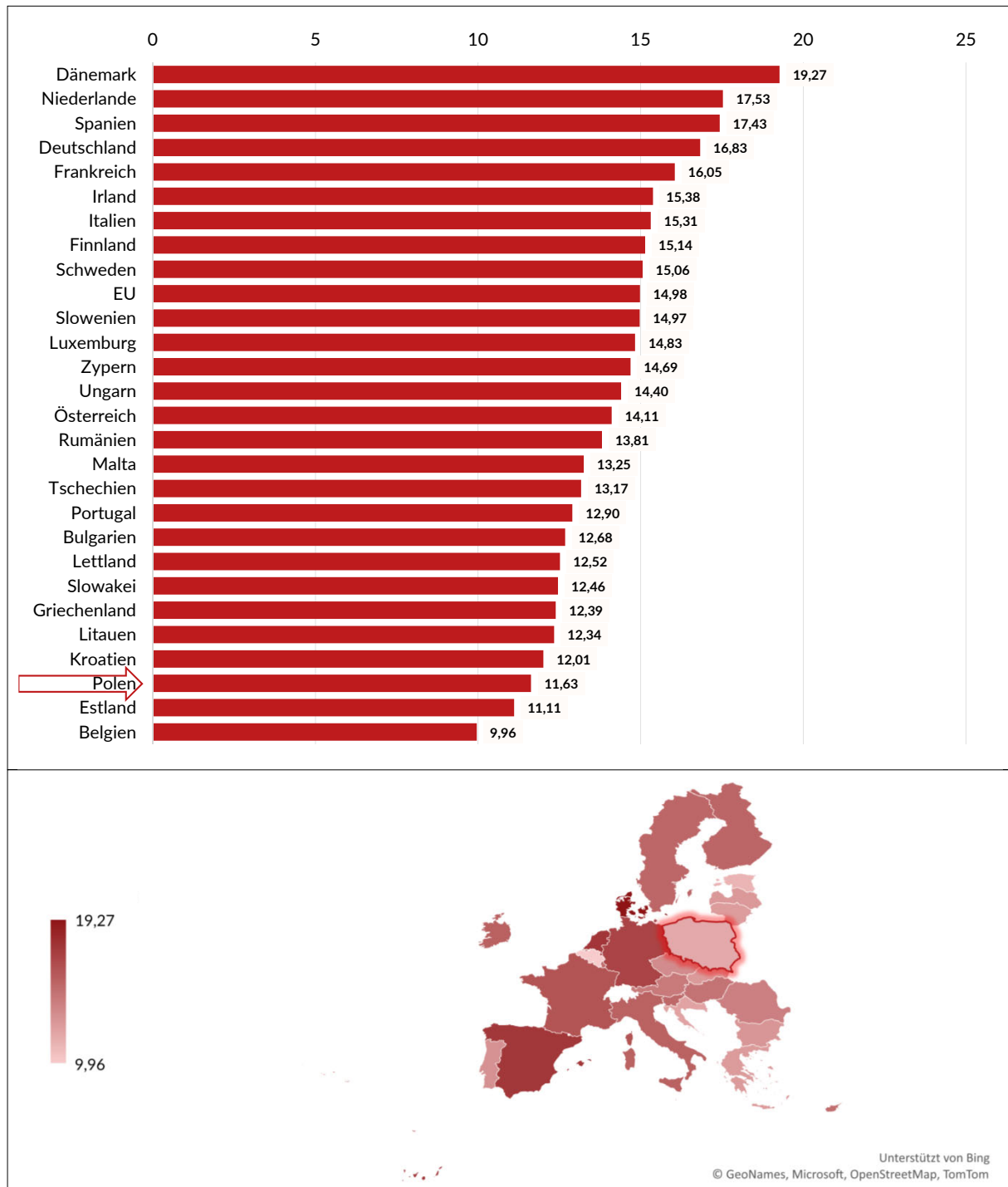
- schnellere wirtschaftliche Entwicklung des Landes durch Schaffung entsprechender Konditionen zur Nutzung des Potentials digitaler Technologien;
- Verbesserung der Beziehung zwischen Staat und Bürger dank der Einführung eines personalisierten und ausdifferenzierten Kontaktes mit den Behörden;
- Erhöhung der Effektivität der öffentlichen Verwaltung;
- bessere Nutzung der Daten im öffentlichen und im privaten Sektor sowie Entwicklung der Techniken und Befähigungen, Daten in der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft zu nutzen;
- Vergrößerung des digitalen Bewusstseins und der Entwicklung der digitalen Kompetenzen, die es ermöglichen, einen sicheren und effektiven Nutzen aus der Entwicklung der Technologien und der Kommunikationsmedien zu ziehen.

Übersetzung aus dem Polnischen. Silke Plate

Quelle: Ministerstwo Cyfryzacji [Ministerium für Digitalisierung]: Program Zintegrowanej Informatyzacji Państwa [Programm der integrierten Informatisierung des Staates]. Erstveröffentlichung: 27.08.2018; letzte Veränderung: 25.11.2020. <https://www.gov.pl/web/cyfryzacja/program-zintegrowanej-informatyzacji-panstwa> (abgerufen am 01.06.2023).

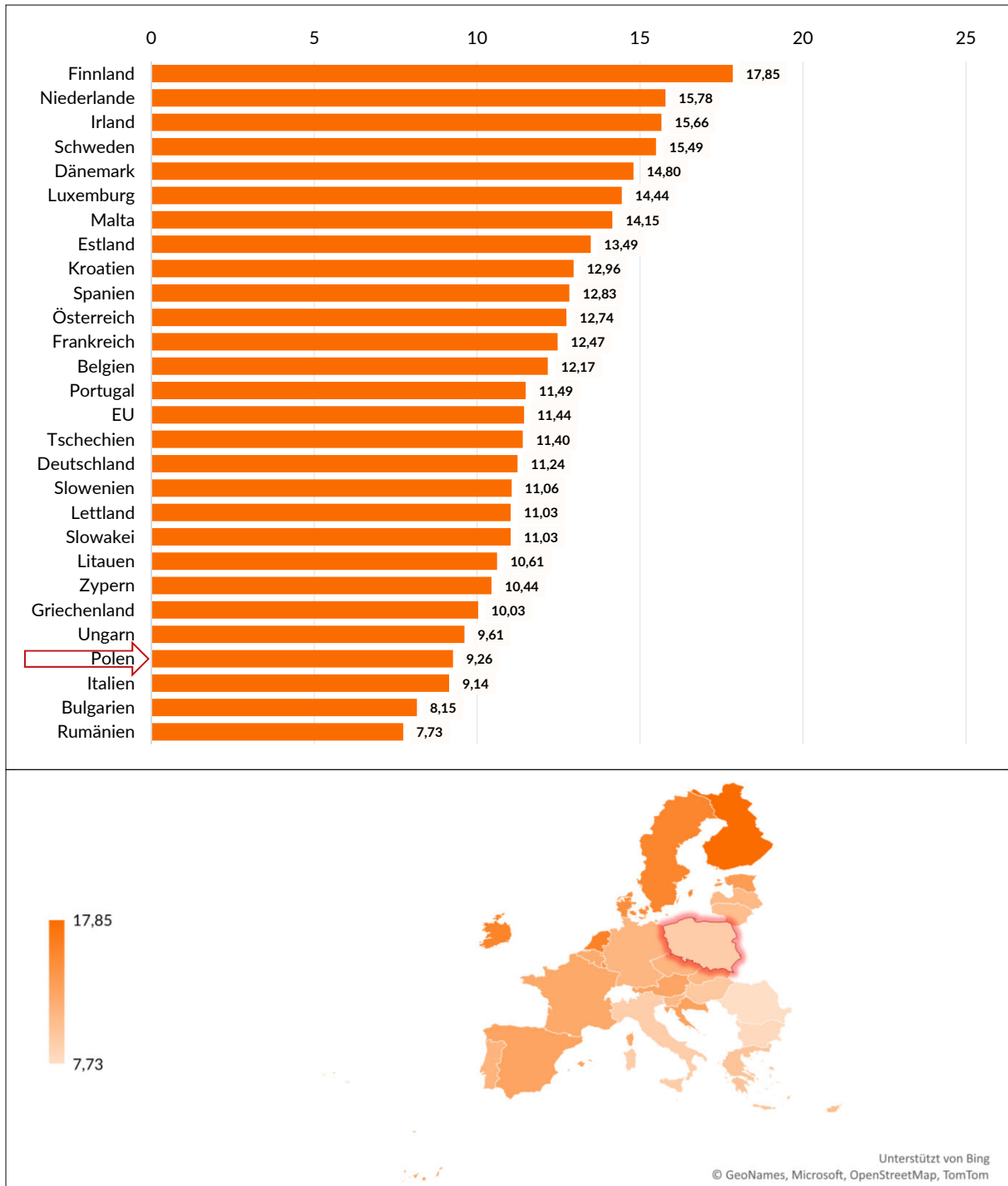
Digitalisierungsgrad der EU-Länder (DESI)

Grafik 1: Digitalisierungsgrad der EU-Länder gemäß dem Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI*) im Jahr 2022: Konnektivität



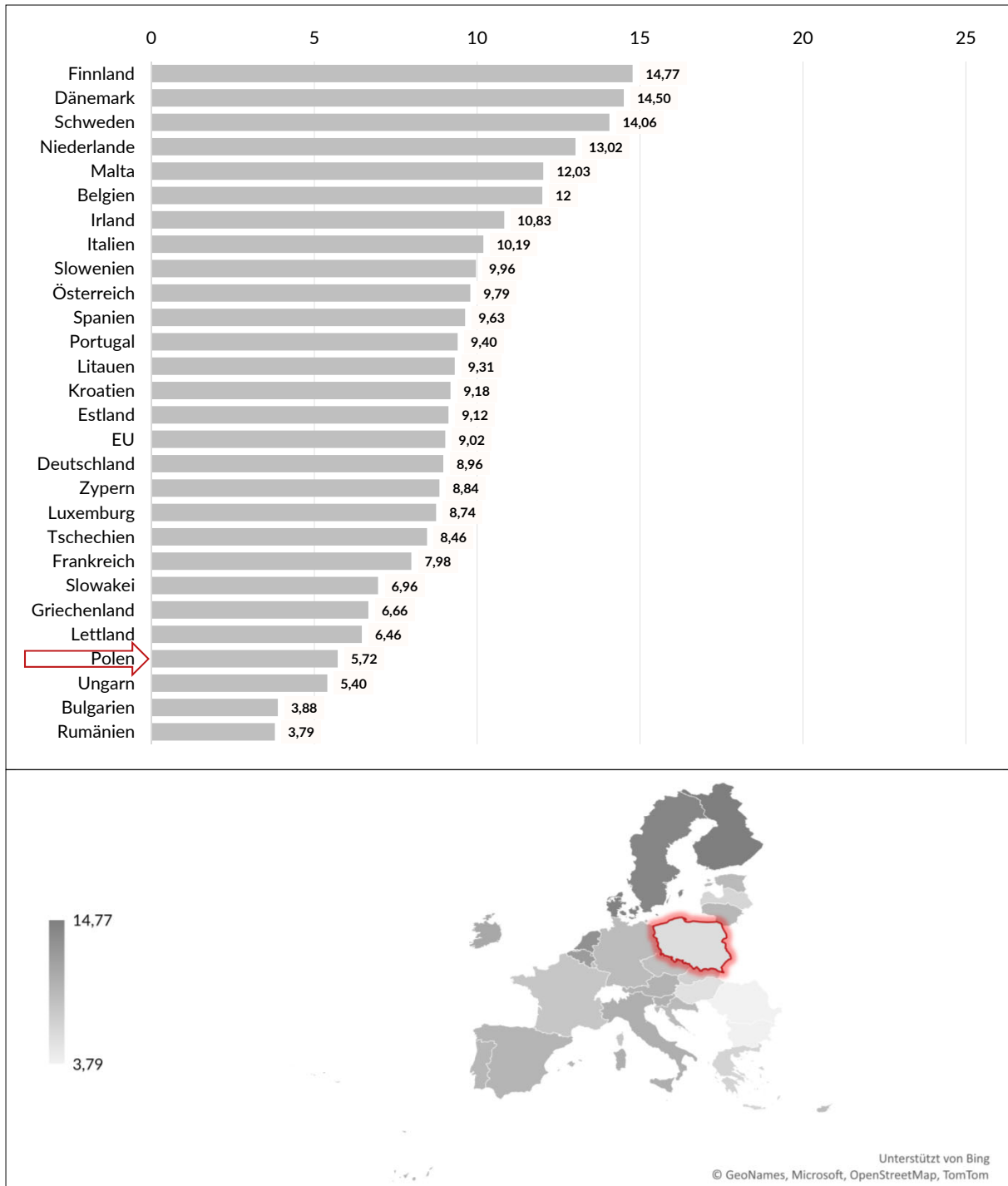
* Der »Digital Economy and Society Index« (DESI) ist ein zusammengesetzter Index, der relevante Indikatoren zur digitalen Leistungsfähigkeit Europas zusammenfasst und die Entwicklung der EU-Mitgliedsstaaten in fünf Hauptdimensionen verfolgt. Der DESI-Gesamtindex wird als gewichteter Durchschnitt der vier Hauptdimensionen berechnet: 1. Konnektivität, 2. Humankapital (digitale Kompetenzen, Internetnutzung durch Privatpersonen), 3. Integration digitaler Technologie durch Unternehmen und 4. Digitale öffentliche Dienste.
 Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1243006/umfrage/digitalisierungsgrad-der-eu-laender-nach-dem-desi-index/> (abgerufen am 13.06.2022)

Grafik 2: Digitalisierungsgrad der EU-Länder gemäß dem Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI*) im Jahr 2022: Humankapital: Digitale Kompetenzen/Internetnutzung durch Privatpersonen



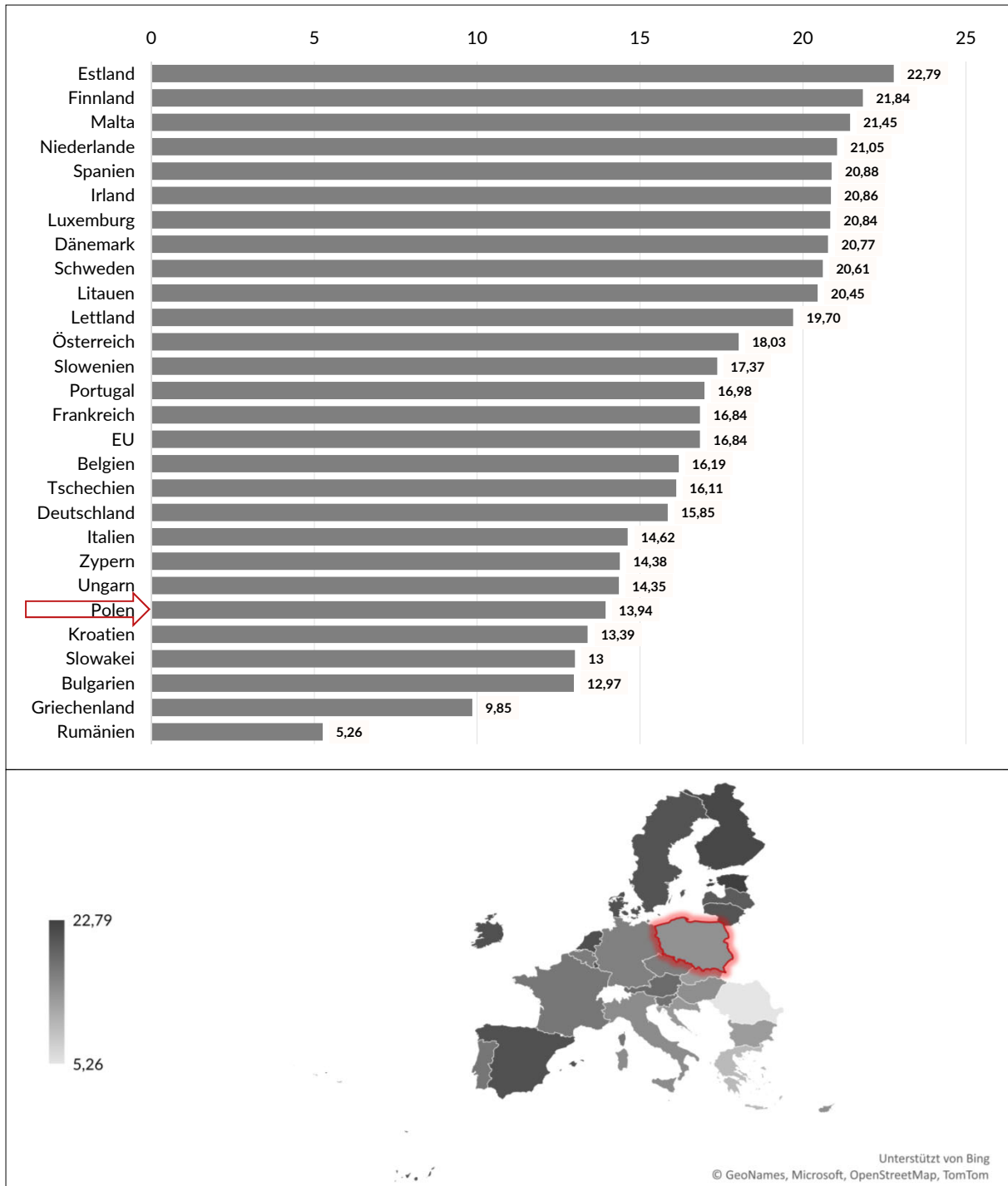
* Der »Digital Economy and Society Index« (DESI) ist ein zusammengesetzter Index, der relevante Indikatoren zur digitalen Leistungsfähigkeit Europas zusammenfasst und die Entwicklung der EU-Mitgliedsstaaten in fünf Hauptdimensionen verfolgt. Der DESI-Gesamtindex wird als gewichteter Durchschnitt der vier Hauptdimensionen berechnet: 1. Konnektivität, 2. Humankapital (digitale Kompetenzen, Internetnutzung durch Privatpersonen), 3. Integration digitaler Technologie durch Unternehmen und 4. Digitale öffentliche Dienste.
 Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1243006/umfrage/digitalisierungsgrad-der-eu-laender-nach-dem-desi-index/> (abgerufen am 13.06.2022)

Grafik 3: Digitalisierungsgrad der EU-Länder gemäß dem Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI*) im Jahr 2022: Integration digitaler Technologie durch Unternehmen



* Der »Digital Economy and Society Index« (DESI) ist ein zusammengesetzter Index, der relevante Indikatoren zur digitalen Leistungsfähigkeit Europas zusammenfasst und die Entwicklung der EU-Mitgliedsstaaten in fünf Hauptdimensionen verfolgt. Der DESI-Gesamtindex wird als gewichteter Durchschnitt der vier Hauptdimensionen berechnet: 1. Konnektivität, 2. Humankapital (digitale Kompetenzen, Internetnutzung durch Privatpersonen), 3. Integration digitaler Technologie durch Unternehmen und 4. Digitale öffentliche Dienste.
 Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1243006/umfrage/digitalisierungsgrad-der-eu-laender-nach-dem-desi-index/> (abgerufen am 13.06.2022)

Grafik 4: Digitalisierungsgrad der EU-Länder gemäß dem Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI*) im Jahr 2022: Digitale öffentliche Verwaltung



* Der »Digital Economy and Society Index« (DESI) ist ein zusammengesetzter Index, der relevante Indikatoren zur digitalen Leistungsfähigkeit Europas zusammenfasst und die Entwicklung der EU-Mitgliedsstaaten in fünf Hauptdimensionen verfolgt. Der DESI-Gesamtindex wird als gewichteter Durchschnitt der vier Hauptdimensionen berechnet: 1. Konnektivität, 2. Humankapital (digitale Kompetenzen, Internetnutzung durch Privatpersonen), 3. Integration digitaler Technologie durch Unternehmen und 4. Digitale öffentliche Dienste.
 Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1243006/umfrage/digitalisierungsgrad-der-eu-laender-nach-dem-desi-index/> (abgerufen am 13.06.2022)

Tabelle 1: Digitalisierungsgrad der EU-Länder gemäß dem Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI*) im Jahr 2022

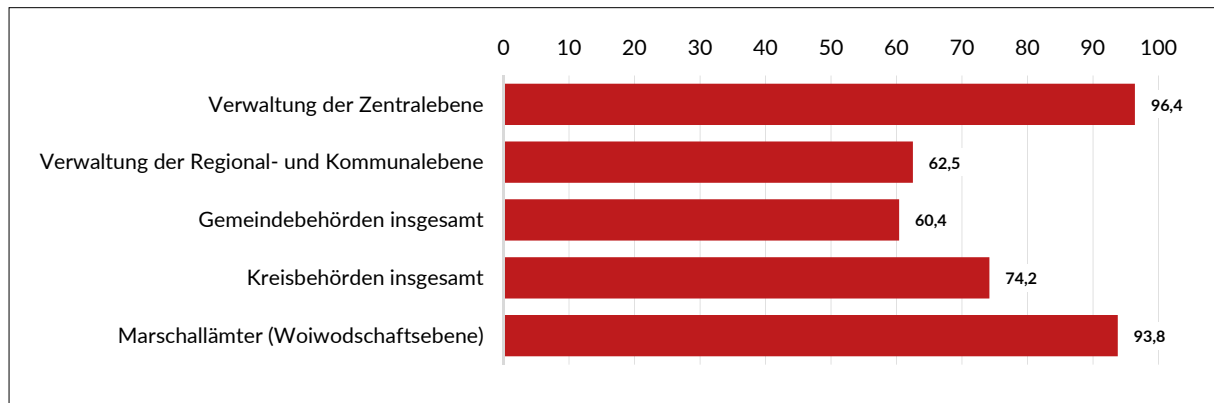
	Konnektivität	Humankapital: Digitale Kompetenzen/ Internetnutzung durch Privatpersonen	Integration digitaler Technologie durch Unternehmen	Digitale öffentliche Verwaltung
Finnland	15,14	17,85	14,77	21,84
Dänemark	19,27	14,80	14,50	20,77
Niederlande	17,53	15,78	13,02	21,05
Schweden	15,06	15,49	14,06	20,61
Irland	15,38	15,66	10,83	20,86
Malta	13,25	14,15	12,03	21,45
Spanien	17,43	12,83	9,63	20,88
Luxemburg	14,83	14,44	8,74	20,84
Estland	11,11	13,49	9,12	22,79
Österreich	14,11	12,74	9,79	18,03
Slowenien	14,97	11,06	9,96	17,37
Frankreich	16,05	12,47	7,98	16,84
Deutschland	16,83	11,24	8,96	15,85
Litauen	12,34	10,61	9,31	20,45
EU	14,98	11,44	9,02	16,84
Portugal	12,90	11,49	9,40	16,98
Belgien	9,96	12,17	12	16,19
Lettland	12,52	11,03	6,46	19,70
Italien	15,31	9,14	10,19	14,62
Tschechien	13,17	11,40	8,46	16,11
Zypern	14,69	10,44	8,84	14,38
Kroatien	12,01	12,96	9,18	13,39
Ungarn	14,40	9,61	5,40	14,35
Slowakei	12,46	11,03	6,96	13
Polen	11,63	9,26	5,72	13,94
Griechenland	12,39	10,03	6,66	9,85
Bulgarien	12,68	8,15	3,88	12,97
Rumänien	13,81	7,73	3,79	5,26

* Der »Digital Economy and Society Index« (DESI) ist ein zusammengesetzter Index, der relevante Indikatoren zur digitalen Leistungsfähigkeit Europas zusammenfasst und die Entwicklung der EU-Mitgliedsstaaten in fünf Hauptdimensionen verfolgt. Der DESI-Gesamtindex wird als gewichteter Durchschnitt der vier Hauptdimensionen berechnet: 1. Konnektivität, 2. Humankapital (digitale Kompetenzen, Internetnutzung durch Privatpersonen), 3. Integration digitaler Technologie durch Unternehmen und 4. Digitale öffentliche Dienste.

Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1243006/umfrage/digitalisierungsgrad-der-eu-laender-nach-dem-desi-index/> (abgerufen am 13.06.2022)

Polen: Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung 2022

Grafik 1: Informations- und Kommunikationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung 2022:
Anteil der öffentlichen Verwaltungseinheiten, die Intranet haben (% der vorgelegten Berichte)



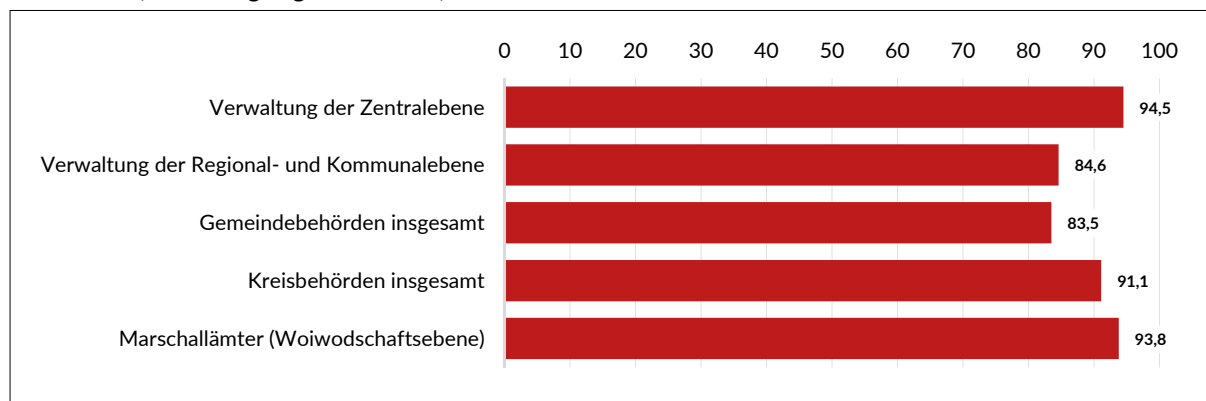
Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Wykorzystanie technologii informacyjno-komunikacyjnych w jednostkach administracji publicznej w 2022 roku [Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie in Einheiten der öffentlichen Verwaltung 2022.] 08.05.2023. <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/nauka-i-technika-spoleczenstwo-informacyjne/spoleczenstwo-informacyjne/wykorzystanie-technologii-informacyjno-komunikacyjnych-w-jednostkach-administracji-publicznej-w-2022-roku,7,5.html> (abgerufen am 15.06.2023).

Tabelle 1: Informations- und Kommunikationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung 2022:
Intranet
(nach Verwaltungsebene)

	Anteil der öffentlichen Verwaltungseinheiten, die Intranet haben (% der vorgelegten Berichte)	Anteil der öffentlichen Verwaltungseinheiten, denen das Intranet die Nutzung ... ermöglichte			
		eines Systems für Datenaustausch (für die Abteilungen der Verwaltung)	eines Systems für Gruppenarbeit	eines Systems für Klientendienstleistungen und Customer Relationship-Management	eines Informationsmagazins
		(% der Verwaltungseinheiten, die Intranet haben)			
Verwaltung der Zentralebene	96,4	62,3	53,8	17,9	93,4
Verwaltung der Regional- und Kommunalebene	62,5	86,8	38,1	16,5	34,7
Gemeindebehörden insgesamt	60,4	88,7	37,9	16,6	29,1
Kreisbehörden insgesamt	74,2	78,4	39,0	16,3	60,3
Marschallämter (Woiwodschaftsebene)	93,8	60,0	40,0	20,0	93,3

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Wykorzystanie technologii informacyjno-komunikacyjnych w jednostkach administracji publicznej w 2022 roku [Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie in Einheiten der öffentlichen Verwaltung 2022.] 08.05.2023. <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/nauka-i-technika-spoleczenstwo-informacyjne/spoleczenstwo-informacyjne/wykorzystanie-technologii-informacyjno-komunikacyjnych-w-jednostkach-administracji-publicznej-w-2022-roku,7,5.html> (abgerufen am 15.06.2023).

Grafik 2: Informations- und Kommunikationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung 2022: Anteil der öffentlichen Verwaltungseinheiten, die die elektronische Dokumentenverwaltung nutzen (% der vorgelegten Berichte)



Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Wykorzystanie technologii informacyjno-komunikacyjnych w jednostkach administracji publicznej w 2022 roku [Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie in Einheiten der öffentlichen Verwaltung 2022.] 08.05.2023. <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/nauka-i-technika-spoleczenstwo-informacyjne/spoleczenstwo-informacyjne/wykorzystanie-technologii-informacyjno-komunikacyjnych-w-jednostkach-administracji-publicznej-w-2022-roku,7,5.html> (abgerufen am 15.06.2023).

Tabelle 2: Informations- und Kommunikationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung 2022: elektronische Dokumentenverwaltung (nach Verwaltungsebene)

	Anteil der öffentlichen Verwaltungseinheiten, die die elektronische Dokumentenverwaltung nutzen		Anteil der öffentlichen Verwaltungseinheiten, die nicht die elektronische Dokumentenverwaltung nutzen		
	insgesamt (% der vorgelegten Berichte)	als grundlegende Form der Dokumentation des Verfahrensablaufs der betreffenden Angelegenheit und der getroffenen Entscheidung (%)	insgesamt (% der vorgelegten Berichte)	davon:	
				Anzahl der Ämter, die planen, in den kommenden zwölf Monaten die elektronische Dokumentenverwaltung einzuführen	Anzahl der Ämter, die nicht planen, in den kommenden zwölf Monaten die elektronische Dokumentenverwaltung einzuführen
(%)					
Verwaltung der Zentralebene	94,5	79,8	5,5	83,3	16,7
Verwaltung der Regional- und Kommunalebene	84,6	34,1	15,4	54,9	45,1
Gemeindebehörden insgesamt	83,5	33,7	16,5	53,7	46,3
Kreisbehörden insgesamt	91,1	35,5	8,9	67,6	32,4
Marschallämter (Woiwodschaftebene)	93,8	46,7	6,3	100	0

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Wykorzystanie technologii informacyjno-komunikacyjnych w jednostkach administracji publicznej w 2022 roku [Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie in Einheiten der öffentlichen Verwaltung 2022.] 08.05.2023. <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/nauka-i-technika-spoleczenstwo-informacyjne/spoleczenstwo-informacyjne/wykorzystanie-technologii-informacyjno-komunikacyjnych-w-jednostkach-administracji-publicznej-w-2022-roku,7,5.html> (abgerufen am 15.06.2023).

CHRONIK

16. Mai – 19. Juni 2023

16.05.2023	Der Ministerrat beschließt einen Entwurf für eine Novelle des Sozialhilfegesetzes. Er beinhaltet u. a., dass Sozialarbeitern, die im Dienst angegriffen werden, kostenlose Rechtshilfe in einem Strafverfahren gewährt wird.
18.05.2023	Das Büro für Nationale Sicherheit hält eine Sitzung ab. Anwesend sind Präsident Andrzej Duda, Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, Außenminister Zbigniew Rau, General Rajmund Andrzejczak, Chef des Generalstabs, und der operative Leiter der Streitkräfte, Waffengeneral Tomasz Piotrowski. Neben dem bevorstehenden NATO-Gipfel in Wilna (Litauen) im Juli sind ein weiteres Thema die Flugobjekte, die in letzter Zeit im polnischen Luftraum gesichtet, von den polnischen Streitkräften aber nicht identifiziert wurden. Im Mai handelte es sich um Ballons, im Dezember vergangenen Jahres um eine Rakete, deren Trümmer aber erst im April in der Nähe von Bydgoszcz gefunden wurden. In letzterem Fall wirft Błaszczak Piotrowski schwerwiegende Versäumnisse vor.
18.05.2023	Hackerangriffe legen vorübergehend die Internetportale verschiedener Tages- und Wochenzeitungen lahm. Janusz Cieszyński, Regierungsbeauftragter für Cybersicherheit, sagt, es handle sich wahrscheinlich um russische Hackerangriffe, über die die Redaktionen mit zeitlichem Vorlauf informiert werden konnten. Er ruft die Medienunternehmen auf, in entsprechende Schutzmaßnahmen zu investieren.
18.05.2023	Auf einer Pressekonferenz erhebt Jacek Ozdoba, Vizeminister für Klima und Umwelt, den Vorwurf gegenüber Deutschland, dass deutsche Unternehmen in den vergangenen Monaten 35 Tonnen Müll illegal nach Polen gebracht hätten und die deutsche Regierung für die Beseitigung und den Rücktransport keine Verantwortung übernehme. Ozdoba sagt, die deutschen Behörden, darunter das Bundesumweltministerium, hätten bisher nicht auf sein Schreiben reagiert und würden sich die Angelegenheit gegenseitig zuschieben. Er kündigt eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) an.
20.05.2023	In Krakau (Kraków), Koszalin, Olsztyn und Milicz finden »Märsche für Gleichheit« gegen Ausgrenzung und Diskriminierung von LGBT+-Personen statt. Die Teilnehmenden fordern eine Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik und sachlich fundierte Sexualerziehung.
21.05.2023	Am Tag des politischen Gefangenen ruft das Außenministerium Polens die Regierung von Belarus auf, alle aus politischen Gründen Inhaftierten freizulassen. Das polnische Außenministerium geht von knapp 1.500 Inhaftierten aus, die in Belarus diesen Status haben.
22.05.2023	Arkadiusz Mularczyk, Regierungsbeauftragter für Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland aufgrund der von der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkrieges angerichteten Schäden, und Abgeordnete des deutschen Bundestages thematisieren bei einem Treffen in Berlin sog. schwierige Fragen im bilateralen Verhältnis, darunter die von Polen geforderten Entschädigungen. Die Gesamtsumme der von Polen verlangten Entschädigung beträgt ca. 1,35 Billionen Euro. Das polnische Außenministerium kündigt an, dass alle Bundestagsabgeordneten eine deutschsprachige Ausgabe des von Polen erstellten Berichts über die Schäden und Verluste Polens infolge der deutschen Besatzung erhalten sollen.
23.05.2023	In Valencia (Spanien) unterzeichnen die Außenminister Spaniens, Polens und Rumäniens, José Manuel Albares, Zbigniew Rau und Bogdan Aurescu, eine Erklärung über trilaterale politische Konsultationen, das sog. Valencia-Format. Auf der Agenda stehen u. a. der Schutz der EU-Außengrenzen, die Unterstützung der Ukraine im russischen Angriffskrieg und die EU-Erweiterung um die Länder des Westbalkan, Moldawien, Ukraine und Georgien.
24.05.2023	In Warschau findet eine Konferenz zur langfristigen Unterstützung der demokratischen Entwicklung in Belarus statt, die vom Außenministerium der Republik Polen und dem Forum der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft organisiert wird und an der auch Vertreter der belarussischen Zivilgesellschaft und demokratischen Opposition teilnehmen. Drei Runde Tische beschäftigen sich mit Fragen der Unterstützung in den Bereichen Zivilgesellschaft, Bildung und Kultur.
25.05.2023	Nach aktuellen Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) waren im ersten Quartal 2023 56,7 % der 18- bis 89-Jährigen berufstätig. Das sind 0,2 Prozentpunkte mehr als im vierten Quartal 2022 und 0,5 Prozentpunkte mehr als im ersten Quartal 2022.
26.05.2023	Nach aktuellen Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) haben im Jahr 2022 306.155 Frauen Kinder geboren (2010: 415.030). Die Mehrheit der Mütter war zwischen 30 und 34 Jahre alt (2010: 25 bis 29 Jahre).

29.05.2023	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet ein Gesetz, das die Einsetzung einer Sonderkommission zur Untersuchung russischer Einflussnahme auf die polnische Politik unter Beteiligung polnischer Amtsträger in den 2007 bis 2022 vorsieht. Es soll am 31. Mai in Kraft treten. Kritiker werfen der Regierung vor, das sog. »Lex Tusk« sei insbesondere gegen den Parteichef der oppositionellen Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und ehemaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk gerichtet, und stellen einen Zusammenhang zu den Parlamentswahlen im kommenden Herbst her. Nach dem Gesetz können Betroffene bis zu zehn Jahren von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden.
30.05.2023	Der regierungskritische Journalist Tomasz Lis löscht einen Tweet, den er in der Nacht abgesetzt hat. Darin schrieb er in Reimform, es werde sich eine »Kammer« für Präsident Andrzej Duda und Jarosław Kaczyński, Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), finden. Der Tweet soll im Zusammenhang mit einem Aufruf zur Teilnahme an der von der Opposition organisierten Demonstration gegen die Regierungspolitik am 4. Juni stehen. Das von Lis für »Kammer« gewählte Wort wird im Polnischen mit »Gaskammer« assoziiert. Lis entschuldigt sich für seine Wortwahl, er hätte wissen müssen, dass Menschen bösen Willens eine absurde Interpretation vollziehen, schreibt er in einer neuen Twitternachricht.
31.05.2023	Im Internet zirkuliert ein Wahlkampfvideo von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), das aktuelle Aufnahmen (2018) des ehemaligen deutschen nationalsozialistischen Konzentrationslagers Auschwitz zeigt. Diese werden mit dem Aufruf der Oppositionsparteien, am 4. Juni am Protestmarsch der Opposition gegen die Regierung in Warschau teilzunehmen, verknüpft. Zudem wird ein Tweet des regierungskritischen Journalisten Tomasz Lis vom 29. Mai eingeblendet, in dem dieser schreibt, es werde sich eine »Kammer« für Staatspräsident Andrzej Duda und PiS-Chef Jarosław Kaczyński finden. Das von Lis für »Kammer« gebrauchte Wort wird im Polnischen mit »Gaskammer« assoziiert. Lis hat sich anschließend für seinen Tweet entschuldigt. Die Gedenkstätte Auschwitz verurteilt das Wahlkampfvideo der PiS als Instrumentalisierung der Opfer in Auschwitz und spricht von einer »Beleidigung für die Erinnerung an die Opfer«. Kritik kommt auch vom American Jewish Committee (AJC), dem Internationalen Auschwitz Komitee und von Andrzej Duda. Hinzu kommt, dass der Urheber der verwendeten Aufnahmen von Auschwitz nicht um Erlaubnis gefragt wurde, was eine Verletzung seiner Urheberrechte darstellt.
02.06.2023	Präsident Andrzej Duda teilt mit, dass er einen Gesetzesentwurf vorbereitet und dem Sejm vorgelegt hat, der das von ihm Ende Mai unterzeichnete Gesetz (das sog. »Lex Tusk«) novelliert. Dieses beinhaltet die Einsetzung einer Sonderkommission zur Untersuchung russischer Einflussnahme auf die polnische Politik unter Beteiligung polnischer Amtsträger in den Jahren 2007 bis 2022. Dudas Entwurf sieht nun vor, dass der Sonderkommission keine Parlamentarier angehören dürfen und u. a. das im Gesetz verankerte zehnjährige Amtsverbot für die, die der Beförderung russischer Einflussnahme für schuldig befunden wurden, zurückgenommen wird.
02.06.2023	Arkadiusz Mularczyk, Regierungsbeauftragter für Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland aufgrund der von der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkrieges angerichteten Schäden, teilt mit, dass Polen am 30. Mai eine Informationskampagne in den EU-Institutionen begonnen hat. Deren Ziel sei es, darüber aufzuklären, dass Polen als einziges Land keine Entschädigung von Deutschland als Rechtsnachfolger des sog. »Dritten Reiches« erhalten habe. Angekündigt werden Konferenzen mit polnischen und internationalen Experten zum Thema; die erste soll am 13. Juni in Athen stattfinden.
04.06.2023	In Warschau findet am Jahrestag der ersten teilweise freien Wahlen im Jahr 1989 ein Protestmarsch gegen die Politik der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) statt, an dem unterschiedlichen Angaben zufolge zwischen 300.000 und 500.000 Menschen teilnehmen. Der Initiator der Demonstration ist Donald Tusk, ehemaliger Ministerpräsident und Parteichef der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO). Protestiert wird u. a. gegen ein neues Gesetz, das die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur russischen Einflussnahme auf die polnische Politik und die Sicherheit Polens in den Jahren 2007 bis 2022 vorsieht. Die Kommission soll prüfen, ob Amtsträger in den Jahren 2007 bis 2022 unter dem Einfluss Russlands Entscheidungen getroffen haben, die Polens Sicherheit gefährden. Betroffene Amtsträger könnten dann zehn Jahre lang für öffentliche Ämter gesperrt werden. Kritiker werfen der Regierung vor, das sog. »Lex Tusk« ziele vor den Parlamentswahlen im Herbst auf Tusk und andere Oppositionspolitiker.
05.06.2023	Nach einem heute verkündeten Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg verstößt die polnische Justizreform von 2019 gegen EU-Recht. Geklagt hatte die Europäische Kommission. Im Zentrum des Verfahrens stand erneut die Disziplinarkammer am Obersten Gericht (Sąd Najwyższy – SN). Dieser bescheinigt das Urteil, dass sie die gebotenen Anforderungen an Unabhängigkeit und Unparteilichkeit trotz von der polnischen Regierung vorgenommener Änderungen immer noch nicht erfülle und unzulässig sei. Polen ist dazu verpflichtet, das Urteil umzusetzen. Andernfalls können wieder Strafzahlungen verhängt werden.

06.06.2023	In Schwedt findet auf Einladung von Bundesumweltministerin Steffi Lemke eine deutsch-polnische Oder-Konferenz statt. Thematisiert wird der Zustand des Gewässers, in dem im vergangenen Sommer eine toxische Alge ein massenhaftes Fischsterben verursacht hat. Lemke fordert, dass die Salzeinleitungen auf polnischer Seite gestoppt oder mindestens deutlich reduziert werden. Zusammen mit dem niedrigen Wasserstand und den hohen Temperaturen hatte der hohe Salzgehalt das Wachstum der Goldalge gefördert. Da sie weiter in der Oder vorkommt, besteht Sorge vor einem erneuten Fischsterben. Der Verwaltungschef der Woiwodschaft Westpommern (województwo zachodniopomorskie), Zbigniew Bogucki, kritisiert, dass er in der Krise 2022 keinen klaren Ansprechpartner auf deutscher Seite gehabt habe, und schlägt ein deutsch-polnisches Koordinationsteam als Krisenmanagement vor. Ein weiteres kontroverses Thema ist der geplante Ausbau der Oder für die Binnenschifffahrt, den Lemke als überholt betrachtet, während die polnische Regierung an den Plänen festhält. Der in Polen gerichtlich verfügte einstweilige Ausbaustopp wird von den polnischen Behörden ignoriert.
07.06.2023	Nach ihrem Treffen mit Bundesumweltministerin Steffi Lemke in Słubice sagt Umweltministerin Anna Moskwa, Polen verfolge weiter den Ausbau der Oder für die Binnenschifffahrt und erwarte dies auch von Deutschland. Der 2015 darüber abgeschlossene Vertrag beider Länder gelte und müsse eingehalten werden.
07.06.2023	Die Europäische Kommission leitet ein Verfahren gegen Polen zur Überprüfung ein, ob ein Ende Mai von Präsident Andrzej Duda unterzeichnetes Gesetz mit EU-Recht vereinbar ist. Das Gesetz (»Lex Tusk«) sieht die Einsetzung einer Sonderkommission vor, die russische Einflussnahme auf die polnische Politik unter Beteiligung polnischer Amtsträger in den Jahren 2007 bis 2022 untersuchen soll. Kritiker werfen der Regierung vor, sie wolle mit dem Gesetz politische Gegner, insbesondere den ehemaligen Ministerpräsidenten der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Donald Tusk, aus politischen Ämtern drängen.
09.06.2023	Nach den Beratungen der EU-Innenminister am Vortag in Luxemburg über den Migrationspakt der EU bekräftigt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki das polnische Votum gegen den Relokationsmechanismus. Dieser sieht vor, dass EU-Staaten, die weniger von Flüchtlingsmigration betroffen sind, mindestens 30.000 Migranten aus EU-Ländern aufnehmen, die stark betroffen sind. Sollte die Aufnahme verweigert werden, sollen 20.000 Euro pro nicht aufgenommener Person gezahlt werden. Polen und Ungarn haben gegen den Mechanismus gestimmt. Die »Zwangslokation« löse das Migrationsproblem nicht, verletze aber die Souveränität der EU-Mitgliedsstaaten. Sie führe auch nicht dazu, dass sich Menschen integrieren, die »sich nicht integrieren wollen«, sagt Morawiecki. Polen werde nicht für die Fehler der Migrationspolitik anderer Staaten bezahlen. Außerdem weist Morawiecki auf die große Solidarität Polens gegenüber ukrainischen Geflüchteten hin.
11.06.2023	Regierungssprecher Piotr Müller sagt in einem Interview im Sender TVP Info, dass Polen eine Koalition im Europäischen Parlament gegen den Relokationsmechanismus in der EU-Migrationspolitik aufbauen werde. Die Relokation werde Menschenschmuggler anregen, mehr verdienen zu wollen, was zu mehr Flüchtlingsmigration in die EU führen werde. Polen sei bereit, in den afrikanischen Ländern Hilfe zu leisten, damit es nicht zu Menschenschmuggel und Migration komme. Der Relokationsmechanismus wurde von den EU-Innenministern vor zwei Tagen beschlossen und geht nun ins Europäische Parlament. Er sieht vor, dass Länder, die weniger von Flüchtlingsmigration betroffen sind, mindestens 30.000 Migranten aus stärker betroffenen EU-Ländern aufnehmen sollen. Bei einer Weigerung sollen pro nicht aufgenommener Person 20.000 Euro gezahlt werden.
12.06.2023	Im Gleiwitzer Kanal und im Kędziński Kanal treten knapp eine halbe Tonne verendeter Fische auf. Ersten Analysen zufolge soll der Sauerstoffgehalt im Wasser zu niedrig sein. Nach dem massenhaften Fischsterben in der Oder im Sommer 2022 haben Umweltexperten vor einer Wiederholung gewarnt und gefordert, dass Kommunen und Unternehmen weniger Abwässer in die Flüsse einleiten.
13.06.2023	Beata Szydło, Abgeordnete der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen im Europäischen Parlament und ehemalige Ministerpräsidentin von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), schreibt auf Twitter, EU-Justizkommissar Didier Reynders und die Europäische Kommission würden Polen an den Pranger stellen, wie es bisher in der Europäischen Union noch nicht der Fall gewesen sei. Reynders beginne eine Art Schauprozess gegen Polen und kaschiere nicht einmal, dass die Polen ihre Gesetze nicht ohne Zustimmung und Aufsicht der Europäischen Kommission verabschieden dürften. Hintergrund ist, dass die EU-Kommission für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (engl. LIBE) am Vortag eine Sondersitzung zu einem in Polen in Kraft getretenen Gesetz einberufen hat. Das Gesetz (»Lex Tusk«) sieht die Einsetzung einer Sonderkommission vor, die russische Einflussnahme auf die polnische Politik unter Beteiligung polnischer Amtsträger in den 2007 bis 2022 untersuchen soll. Kritiker befürchten, dass Politiker, die der Regierung nicht genehm sind, auf diese Weise aus der aktiven Politik ausgeschlossen werden können. Das könnte insbesondere den ehemaligen Ministerpräsidenten der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Donald Tusk, betreffen.
14.06.2023	Nach aktuellen Angaben von Eurostat sank die Industrieproduktion in Polen im April 2023 um 4,3 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (EU: +0,1 %) und um 1,2 % gegenüber März 2023 (EU: +0,7 %). Das Statistische Hauptamt (Główny Urząd Statystyczny – GUS) hat bereits vorher informiert, dass die Industrieproduktion im April 2023 um 6,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat gesunken ist.

15.06.2023	Nach neusten Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) war Deutschland im Zeitraum von Januar bis April 2023 mit einem Anteil von 28,2 % (33 Mrd. Euro) der wichtigste Exportpartner und mit einem Anteil von 19,8 % (22,4 Mrd. Euro) der wichtigste Importpartner Polens. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sank der Anteil am Export um 0,1 Prozentpunkte und am Import um 0,9 Prozentpunkte.
15.06.2023	Der Sejm verabschiedet einen Beschluss, in dem er sich gegen den Relokationsmechanismus in der EU-Flüchtlingspolitik ausspricht, der vergangene Woche von den EU-Innenministern entworfen wurde. Der Beschluss verpflichtet die polnische Regierung, sich in der EU gegen den Migrationspakt zu positionieren. In der Sejmdebatte spricht sich Jarosław Kaczyński, Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), für die Durchführung eines Referendums dazu aus. Der Relokationsmechanismus sieht vor, dass weniger von Flüchtlingsmigration belastete EU-Länder mindestens 30.000 Migranten aus stärker betroffenen EU-Mitgliedsländern aufnehmen oder 20.000 Euro pro nicht aufgenommenen Person zahlen sollen. Die polnische Regierung der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) sieht darin die Souveränität Polens verletzt und eine Gefahr für die polnische Identität.
16.06.2023	Der Wahlkampfleiter von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) für die Parlamentswahlen im Herbst, der Europaabgeordnete Tomasz Poręba, teilt auf Twitter mit, dass er am Vortag seinen Rücktritt bei PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński eingereicht hat. Für die Aufgabe sei jemand mit neuen Emotionen und Energie gefragt. Anfang der Woche wurde Poręba von PiS-Politikern als passiv kritisiert, da er der oppositionellen Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) mit ihrem Protestmarsch am 4. Juni nichts entgegen gesetzt habe.
18.06.2023	Führende Politiker von Die Neue Linke (Nowa Lewica) stellen im Rahmen ihres Parlamentswahlkampfes den »Bericht über den Zustand des Staates« vor. Der Kritik an der Regierungspolitik der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) werden Konzepte für innen- und außenpolitischen Fragen gegenübergestellt.
19.06.2023	Der Pressesprecher von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Rafał Bochenek, gibt bekannt, dass der Europaparlamentarier der PiS und ehemalige Innenminister Joachim Brudziński neuer Wahlkampfleiter für die Parlamentswahlen im Herbst wird. Sein Vorgänger ist vergangene Woche zurückgetreten.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2023 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>